

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
26. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität der Stadt Haan
am Dienstag, dem 26.11.2024 um 17:13 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:13

Ende:
19:58

Vorsitz

Stv. Vincent Endereß

CDU-Fraktion

AM Robert Abel

Stv. Annette Braun-Kohl

AM Godehard Büskens

AM Manfred Kupke

Stv. Annette Leonhardt

Vertretung für Herrn Gerhard Rosendahl

SPD-Fraktion

Stv. Felix Blossey

Stv. Jörg Dürr

Stv. Martin Haesen

Stv. Jens Niklaus

Vertretung für AM Sandra Niklaus

WLH-Fraktion

AM Sascha Bornträger

Stv. Meike Lukat

Stv. Nadine Lütz

GAL-Fraktion

Stv. Lucio Dröttboom

AM Jörg-Uwe Pieper

Stv. Andreas Rehm

Vertretung für Stv. Elke Zerhusen-Elker

FDP-Fraktion

AM Dirk Raabe

Schriftführung

VA Fabian Beyer

Vertreter des Seniorenbeirates

Herr Dr. Rolf Brockmeyer

Techn. Dezernent

Techn. Dezernent Joachim Horst

Verwaltung

TA Guido Mering

Frau Anja Klöckener
VA Alexander Lingemann
VA Janine Müller
StVD'in Doris Abel
VA Dominic Büsselmann

Der Vorsitzende Vincent Endereß eröffnet um 17:13 Uhr die 26. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die anwesenden Gäste - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung:

Der Vorsitzende **Stv. Endereß** erkennt Einvernehmen einen TOP „Sanierung der L 357“ neu als TOP 2 der Tagesordnung hinzuzufügen.

Weiterhin besteht Einvernehmen, die TOP 12 und 13 auf die Positionen 3 und 4 vorzuziehen.

Öffentliche Sitzung

1./ Befangenheitsmitteilungen

Protokoll:

Es liegen keine Befangenheitsmitteilungen vor.

2./ Sanierung der L 357 - hier: Offener Brief der Anwohner des Lindenwegs

Protokoll:

Der Vorsitzende **Hr. Endereß** eröffnet die Thematik mit Hinweis auf den Offenen Brief der Anwohner des Lindenwegs.

Stv. Lukat regt an, um die anwesenden Anwohner zu Wort kommen lassen zu können, die Sitzung zu unterbrechen.

Hierzu besteht Einvernehmen.

Hr. Decker führt aus, die Anwohner sähen das Erfordernis der Vollsperrung des Lindenwegs nicht. Die versorgenden LKW führen nun weite Umwege durch kleine Siedlungsstraßen. Man habe das Gefühl, dass nicht alle Alternativen eingehend durch die Verwaltung geprüft worden seien und regt halbseitige Barrieren an der Zufahrt zum Lindenweg an, um den PKW die Ein- und Ausfahrt zu ermöglichen.

Stv. Leonhardt verweist darauf, dass sich die Bauzeit an der Großbaustelle deutlich in die Länge zöge. Ziel der Sperrung sei es gewesen, die LKW an der Einfahrt in den Lindenweg zu hindern. So seien auch die PKW der Anwohner betroffen und führten seit Monaten zu einer großen Belastung der Anwohner. Sie schlägt die Einrichtung einer Höhenbeschränkung vor.

TA Mering erklärt, das Ende des Bauabschnitts sei nach Auskunft des verantwortlichen Straßenbaulastträgers in ca. drei Wochen vorgesehen. Die Sperrung Lindenweg könne etwa am 18.12. aufgehoben werden. Im neuen Jahr komme es noch einmal für ca. eine Woche während des Auftrags einer neuen Straßendecke an der Millrather Str. zu einer Vollsperrung des Lindenwegs.

Stv. Niklaus schlägt die Ausschilderung einer reinen Anliegerstraße mit entsprechenden Kontrollen vor.

Techn. Dez. Horst bekräftigt, die Verwaltung habe sich intensiv mit allen denkbaren und rechtlich möglichen Alternativen auseinandergesetzt, eine etwaig mildere Lösung für die Anwohner habe im Sinne der Rechtssicherheit nicht bestanden. Eine Beschilderung wäre eine zweckmäßige, aber keine zufriedenstellende Lösung gewesen.

TA Mering bittet die Anwohner, noch drei Wochen Geduld zu beweisen.

Hr. Decker erläutert, die Anwohner hätten schon zu Beginn der Sperrung gerügt, dass es die Verwaltung nicht mit einem „Einfahrt-verboten-Schild“ probiert habe. Die PKW der Anwohner stellten nicht das Problem dar. Er sei weiterhin überzeugt, dass die Verwaltung ein milderes Mittel gehabt hätte.

TA Mering erläutert die Erfahrung der Verwaltung, dass evtl. aufgestellte Schilder von LKW-Fahrern einfach bei Seite geschoben und nicht beachtet würden. Die Sicherheit gehe vor, dies sei mit Feuerwehr und Rettungsdiensten abgestimmt.

STARin Klöckener erläutert, viele PKW-Fahrer hätten seit Sperrung der Millrather Str. den Lindenweg als Abkürzung benutzt, um nicht den Umweg über die Niederbergische Allee fahren zu müssen. Ein festgefahrener LKW stelle eine Blockade für Feuerwehr und Rettungsdienst dar, für die es um jede Minute gehe. Dieses Risiko sei nicht hinnehmbar.

Stv. Niklaus wünscht sich eine Nachbesprechung innerhalb der Verwaltung, wie die Belastung der Anwohner auch für künftige Maßnahmen verringert werden könne.

3./ Wibbelrather Weg sicherer machen - hier: Antrag der WLH-Fraktion vom 06.07.2024

Protokoll:

Stv. Lukat erläutert, der heutige Ortstermin habe verdeutlicht, dass die Hauptproblematik im Durchfahrtsverkehr Richtung Wuppertal liege. Viele wünschenswerte Maßnahmen seien aus verschiedenen Gründen nicht durchführbar. Sie wünsche sich daher die Durchführung einer Verkehrszählung und einen schriftlichen Einwand an die Bezirksregierung, den Gehweg auf Wuppertaler Stadtgebiet herzustellen.

Stv. Braun-Kohl erklärt, die CDU-Fraktion unterstütze eine Verkehrszählung. Sie fragt, warum ein Fußweg über die BRW-Fläche nicht möglich sei.

TA Mering macht deutlich, der BRW überlasse der Stadt Haan diese Fläche schlicht nicht, zumal dies auch nur eine Lösung für die Anwohner Am Teichkamp gewesen wäre. Die Verkehrszählung werde die Verwaltung veranlassen.

Stv. Rehm zeigt sich mit der Beantwortung der Anfrage unzufrieden. So solle die Anordnung von 10 km/h im Sinne der gegenseitigen Rücksichtnahme nicht möglich sein? Die Straße sei schlecht beleuchtet, eng und abschüssig. Auch hier gelte: Sicherheit geht vor.

Techn. Dez. Horst kündigt eine Prüfung durch die Verwaltung an.

4./ An der Schmitte sicherer machen
- hier: Antrag der WLH-Fraktion vom 07.07.2024

Protokoll:

Stv. Lukat erläutert, auch hier habe der Ortstermin ergeben, dass viele wünschenswerte Maßnahmen rechtlich nicht durchführbar seien. Im Bereich der Elberfelder Straße sollte eine bessere Beleuchtung der Straße erfolgen, ebenso eine Verlängerung des Fußweges in den Wiesenbereich gegenüber der Einmündung „An der Schmitte“ und ein regelmäßiger Rückschnitt der Vegetation im Bachbett der Kleinen Düssel durch BRW bzw. Betriebshof. Die Situation der Bussteige sei in beide Fahrtrichtungen unsicher: In Fahrtrichtung Wuppertal müsse über eine Versetzung nachgedacht werden, in Fahrtrichtung Haan über eine bessere Beleuchtung.

Stv. Rehm empfiehlt den Anwohnern die Nutzung des städtischen Mängelmelders. Die Antwort der Verwaltung zu Punkt 1 der Anfrage weise er aber zurück: Es handele sich hier nicht um eine Verletzung der Aufsichtspflicht der Eltern.

Stv. Braun-Kohl verdeutlicht, nicht die Anwohner führen hier zu schnell, sondern die Ortsunkundigen. Sie bittet die Verwaltung zu prüfen, ob vor dem Kurvenbereich ein Berliner Kissen installiert werden könne.

5./ IKK-Maßnahme M-3 Umsetzungsstrategie Radverkehr
- hier: Zusammenstellung der Stellungnahmen der Fraktionen zur Vorstellung der harmonisierten Steckbriefe aus dem Radverkehrskonzept Kreis Mettmann und dem Verkehrsentwicklungsplan der Stadt Haan
Vorlage: 66/096/2024/1

Protokoll:

Der Vorsitzende **Stv. Endereß** signalisiert, die Verwaltung könne aus den vorliegenden Stellungnahmen der Politik eine priorisierende Reihenfolge der Maßnahmen aufbereiten und diese zum nächsten UMA beschlussreif vorlegen.

Stv. Lukat wünscht sich eine Aufstellung, aus der hervorgehe, was mach-

bar/finanziell durchführbar/mit ADFC abgestimmt sei und fragt, ob für das kommende Haushaltsjahr genügend Mittel eingestellt seien.

TA Mering betont, ein entsprechender Kostenansatz sei vorhanden, eine Priorisierung aber allein schon deshalb erforderlich, weil nur begrenzte Personalressourcen zur Verfügung stünden.

Nach einem kurzen Austausch über die Notwendigkeit eines die Maßnahmen priorisierenden Arbeitskreises im Januar, besteht Einvernehmen, dass ein UMA zur Beratung einer entsprechenden Vorlage der Verwaltung ausreiche.

Beschluss:

Die Verwaltung wird zum nächsten UMA beauftragt, aus den Stellungnahmen der Politik eine Priorisierung der Maßnahmen vorzunehmen und in einer Vorlage zu präsentieren.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

6./ Verkehrsentwicklungsplan der Stadt Haan, Radverkehrskonzept - hier: Bericht zum Stand der Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen Vorlage: 66/102/2024

Protokoll:

AM Pieper nimmt Bezug auf die K 16 und erläutert, dass Radfahrer dort nur Schritt-Tempo fahren könnten, weil sich Fußgänger und Radfahrer den Gehweg teilten. Daher rege er die Anbringung von Piktogrammen auf der Fahrbahn an.

Beschluss:

Der Umwelt- und Mobilitätsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zum Stand der Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einvernehmlich

7./ Wegfall der Bewohnerparkvorrechte auf zwei Stellplätzen der Ellscheider Straße
Vorlage: 66/101/2024

Beschluss:

Der Umwelt- und Mobilitätsausschuss empfiehlt dem Rat den Wegfall der Bewohnerparkvorrechte zweier Stellplätze (in Länge gerechnet) in der Ellscheider Straße 21-27 und deren Umwandlung in Stellplätze mit Parkscheibenregelung für zwei Stunden Parkdauer zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

8./ Parkraumbewirtschaftung
- hier: ergänzende Einführung einer Parkscheibenregelung unter Beibehaltung der Bewohnerparkvorrechte auf der Dieker Straße
Vorlage: 66/103/2024

Protokoll:

Stv. Braun-Kohl schlägt seitens der CDU-Fraktion vor, auch zwischen den Hausnummern 64 und 78 eine zweistündige Parkdauer mit Parkscheibe zu erlauben.

Stv. Dürr befürchtet seitens der SPD-Fraktion eine Ausweitung des Schüler-Bringverkehrs und fragt nach den Parkplätzen an der ehemaligen Weinquelle. Er frage sich, wie dies in Einklang zur beschlossenen Nachhaltigkeitsstrategie stehe.

Stv. Lukat findet die Abstufung in ein bzw. zwei Stunden Parkdauer sinnvoll und erklärt, die Parkplätze an der ehemaligen Weinquelle seien derzeit als Parkplätze nutzbar.

Hr. Dr. Brockmeyer verweist auf notwendige Parklücken für einen dortigen Augenarztbesuch mobilitätseingeschränkter Personen.

Beschluss:

Der Umwelt- und Mobilitätsausschuss empfiehlt dem Rat, die Erweiterung der Stellplatznutzung auf der Dieker Straße im Bereich der Hausnummern 42 (Höhe Kreisverkehr) bis 78 (Höhe Einmündung Goethestraße) durch eine ergänzende Parkscheibenregelung für die Stellplätze in diesem Abschnitt zu beschließen.

Die bisherige zeitliche Geltung der Regelung (werktags von 7 -18 Uhr) und die Nutzung mit Bewohnerparkschein wird beibehalten. Die zulässige Parkdauer mit

Parkscheibe wird im Bereich der Hausnummern 42 bis 60 auf 2 Stunden, im Bereich der Hausnummern 64 bis 78 auf 1 Stunde begrenzt.

Die Erweiterung der Stellplatznutzung erfolgt in der Weise, dass künftig auf allen Stellplätzen Bewohnerparken und parallel eine Nutzung mit Parkscheibe möglich ist.

Abstimmungsergebnis:

13 Ja- und 4 Nein-Stimmen

**9./ Satzung der Stadt Haan über die Erhebung der Bewohnerparkgebühren
Vorlage: 32/043/2024**

Protokoll:

Stv. Dürr moniert für die SPD-Fraktion, der Gebührensprung auf 120 € sei zu hoch und regt eine abgestufte Erhöhung der Gebühr an.

Stv. Braun-Kohl empfiehlt über die bürgerfreundliche Möglichkeit einer Online-Beantragung von Bewohnerparkausweisen nachzudenken.

Beschluss:

Der UMA empfiehlt HFA und Rat der Stadt Haan die als Anlage 1 beigeführte Satzung der Stadt Haan über die Erhebung der Bewohnerparkgebühren zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja- und 7 Nein-Stimmen

**10./ Gebührenordnung für städtische Parkscheinautomaten im Stadtgebiet
Haan
Vorlage: 32/044/2024**

Protokoll:

Der Vorsitzende **Stv. Endereß** macht darauf aufmerksam, dass die Beratung zu diesem TOP die Abstimmung über den CDU-Antrag zu den Haushaltsberatungen („Aufhebung der Parkscheinplicht an Freitagen und Samstagen“) beinhalten müsse.

Stv. Braun-Kohl erläutert, Freitag und Samstag stellen die Haupteinkaufstage dar. Die Innenstadt brauche bekanntlich mehr Frequenz, um die Kaufkraft vor Ort zu halten. Diesen Antrag stelle man für ein Jahr, um dann eine Evaluation durchzuführen.

Stv. Lukat erklärt für die WLH-Fraktion, diesem Antrag aufgrund fehlender Informationen zu den finanziellen Auswirkungen nicht zustimmen zu können. Weiterhin werde dafür keine Notwendigkeit gesehen, weil er gar nicht auf die daraus erwachsenden Mehrkosten für die Verwaltung eingehe.

Stv. Rehm erklärt, die GAL-Fraktion brauche Kennzahlen, bezweifele aber die Frequenzbringer-Eigenschaft einer solchen Maßnahme wegen der fehlenden freien Parkplätze in Innenstadtnähe. Daher werde die GAL diesen Antrag ablehnen, weil er darüber hinaus das völlig falsche Signal sei.

StOVR Abel wirft ein, man rede über einen Jahresfehlbetrag in Höhe von ca. 72.000 € aus den Parkautomaten, die Handy-Parkgebühren nicht inbegriffen.

Stv. Dürr betont, die SPD-Fraktion werde diesen Antrag schon deshalb ablehnen, weil er der gemeinsam beschlossenen Nachhaltigkeitsstrategie widerspreche. Diese beinhalte u.a. weniger Autoverkehr in die Innenstadt zu lassen. Darüber hinaus beantrage die SPD-Fraktion eine getrennte Abstimmung zum TOP, da sie höhere Parkscheingebühren befürworte und meine, dass 2 Stunden nicht ausreichen, um ein E-Auto vollzuladen. Daher beantrage man unter § 5 eine Ausdehnung auf 4 Stunden.

Stv. Leonhardt verteidigt den CDU-Antrag. Die Innenstadt veröde immer mehr, die Kaufkraft fließe in Nachbarstädte ab. Zwar müsse der ÖPNV weiter ausgebaut werden, aber der motorisierte Individualverkehr sei die Lebensrealität.

Stv. Haesen hält dem entgegen, dass ein kostenloses Parken bei der gegenwärtigen Haushaltslage nicht nachvollziehbar sei.

Stv. Dürr ergänzt, je weniger Verkehr in die Innenstadt gelange, umso mehr steigere sich die Aufenthaltsqualität und die Umsätze der Händler.

Abstimmung CDU-Antrag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den Einsatz von Parkscheiben jeweils am Freitag und am Samstag auf den innerstädtischen Parkplätzen, für die bisher ein Parkschein nötig ist, für eine Parkdauer von zwei Stunden zuzulassen.
2. Die neue Regelung gilt zunächst als Testphase für ein Jahr.
3. Eine Evaluation der Maßnahme erfolgt durch Befragung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Gewerbetreibenden zu Beginn und nach Ablauf des Testzeitraumes.

6 Ja- und 11 Nein-Stimmen

Abstimmung SPD-Antrag:

Unter § 5 der Satzung werden die Worte „von bis zu zwei Stunden“ durch „von bis zu vier Stunden“ ersetzt.

4 Ja- und 13 Nein-Stimmen

Beschluss:

Der UMA empfiehlt HFA und Rat der Stadt die als Anlage 1 beigefügte Parkschein-gebührenordnung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

13 Ja- und 4 Nein-Stimmen

**11./ Sachstandsbericht der Projekte des Tiefbauamtes
Vorlage: 66/100/2024**

Protokoll:

Stv. Lukat fragt, wann der Gehweg an der Königsberger Straße wieder instand gesetzt sein werde.

TA Mering erklärt, dies sollte bis Weihnachten erledigt sein.

In Sachen Standort Fietsvlonder könne die CDU-Fraktion mit einer Verschiebung des „Schiffchens“ leben.

Stv. Braun-Kohl erkundigt sich noch nach den Buswartehäuschen an der Sauerbruchstr./Sinterstr./carpe diem.

TA Mering erläutert, die Wartehäuschen für carpe diem/Sinterstr. seien eingetroffen, dem Betriebshof fehle es aber derzeit an Personalressourcen. Eine Erledigung bis Weihnachten sei aber eingeplant. Der Standort Sauerbruchstr. sei aber nicht prioritär vorgesehen.

Stv. Lukat bekundet, die WLH-Fraktion bevorzuge den Standort Bahnhof Haan für die Fietsvlonder.

Dazu besteht nun Einvernehmen.

Stv. Braun-Kohl moniert fehlende Bordsteinabsenkungen an Westfalen- und Rheinische Str., dazu sei die Ausfahrt aus der Westfalenstr. wegen der fehlenden Sichtbeziehung sehr unübersichtlich, evtl. müsse hier über den Wegfall einiger Parkplätze nachgedacht werden.

Beschluss:

1. Der Ausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zum Sachstand der kommunalen Bauprojekte des Tiefbauamtes (siehe Anlage 1) zur Kenntnis.

2. Der Standort der Fietsvlonder wird am Bahnhof Haan festgelegt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

12./ Stellenplan 2025

hier: Einrichtung eines Stellenanteils kommunale_r Energie- und Wärmeplaner_in

Vorlage: 10/180/2024

Protokoll:

Stv. Braun-Kohl fragt, ob es im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit möglich sei, sich die durch das Land zu diesem Zweck zur Verfügung gestellte Förderkulisse mit einer anderen Kommune zu teilen.

Man kommt aber überein, dass eine Teilung keine Vorteile für die Stadt bringe.

Beschluss:

Der UMA empfiehlt HFA und Rat der Stadt Haan der Einrichtung eines Stellenanteils von 0,5 VZÄ für eine_n kommunale_n Energie- und Wärmeplane_in im Stellenplan 2025 zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

13./ Haushaltsplanberatungen 2025; Umwelt und Mobilität

Vorlage: 20/134/2024

Protokoll:

Alle vorliegenden Änderungsanträge werden einstimmig gebilligt.

Für den CDU-Antrag zur Vergünstigung der Parkgebühren in den Tiefgaragen, der inhaltlich im WLKSTA zu beraten sei, sieht die Verwaltung keine Haushaltsrelevanz.

Stv. Braun-Kohl fragt, ob in Produkt 110110 die Steigerung der Kreismischgebühr bereits berücksichtigt sei oder diese hier keine Auswirkung habe.

StOVR Abel sagt eine Beantwortung zum HFA zu.

Stv Dürr möchte bei Produkt 120110 wissen, woher die Kostensteigerungen unter Ziffer 13 rühren.

TA Mering erläutert, dass es sich um die Kosten für die Sanierung der Ohligser Straße handele.

Beschluss:

Für den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Umwelt und Mobilität werden die in den Produkten genannten Ansätze des Ergebnis- und Finanzplanes, wie im vorliegenden Haushaltsplanentwurf 2025 ausgewiesen, dem Haupt- und Finanzausschuss zur Beschlussfassung empfohlen.

Die vorliegenden Veränderungsanträge zum Haushalt werden gebilligt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

14./ Zustand des Bahnhofs Gruiten
Vorlage: 61/102/2024

Protokoll:

Techn. Dezernent Horst erläutert die Ergebnisse des Vor-Ort-Termins der Verwaltung mit dem Bahnhofsmanagement Düsseldorf am 20.11.2024 und den Zwischenstand der Abstimmungen.

Hierbei weist er darauf hin, dass die DB derzeit keine Videoausstattung plane und eine erhöhte Präsenz von Sicherheitspersonal auf Grundlage des Lagebilds nicht vorgesehen sei.

Es gebe eine gezielte Grob- und Nassreinigung in unterschiedlichen Reinigungsintervallen durch die Bahn (Bahnsteige, Treppen und der Personenunterführung zum P+R Parkplatz).

Darüber hinaus verfüge die Stadt Haan über einen Rahmenvertrag, aus dem die Reinigung von Fliesenböden oder Fliesenwänden abgerufen werden könne.

Das Beleuchtungsproblem sei darauf zurückzuführen, dass die Lampen teilweise durch Vandalismus beschädigt würden. Es sei wichtig, Mängel unverzüglich zu melden.

Die Verantwortung in Bezug auf die Überschwemmungen liege Sicht der Stadt Haan bei der Bahn. Erforderlichenfalls seien seitens der DB bauliche Maßnahmen zu ergreifen.

Schließlich habe die DB die Personenunterführungen für eine künstlerische Gestaltung freigegeben.

Nach weiteren Recherchen plane die DB, im Dezember wieder mit der Stadtverwaltung in Kontakt treten. Sobald alle Ergebnisse vorliegen, werde die Verwaltung eine

Vorlage, voraussichtlich zum nächsten UMA, erstellen.

Beschluss:

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

15./ Urbane Hitzeinseln

- hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 03.11.24

Protokoll:

Stv. Dürr bemerkt, dass viele der angefragten Daten über die Website des LANUV eingesehen werden könnten.

Techn. Dezernent Horst kündigt für den kommenden UMA einen Vortrag mit einem Vertreter des Kreises Mettmann an.

16./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

AM Pieper möchte wissen, ob die Verwaltung eine Stellungnahme zur Radwegnetzplanung des Landes NRW abgegeben habe.

Dies wird von **TA Mering** bestätigt.

17./ Mitteilungen

Protokoll:

Bzgl. der Mitteilung der Verwaltung zum Kiebitz-Monitoring erklärt **Stv. Rehm**, nicht die Intensivierung der Landwirtschaft sei schuld am Ausbleiben des Kiebitzes, sondern die Ausweitung der Werbeflächen.

Weiterhin ruft er analog zu seiner Mitteilung zu Maßnahmen des Igelschutzes auch in privatem Bereich auf.